

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Hat Amerika die "recession" überwunden? Nach starkem Rückschlag neue Rekorde

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Hat Amerika die "recession" überwunden? Nach starkem Rückschlag neue Rekorde, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 7, pp. 376-378

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132111>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hat Amerika die „recession“ überwunden?

Nach starkem Rückschlag neue Rekorde

Der Konjunkturrückgang in den USA war im Jahre 1954 viel milder gewesen, als es im Herbst 1953 von den Pessimisten befürchtet worden war. Das erzielte Brutto-sozialprodukt war mit 355 Mrd. \$ immer noch sehr ansehnlich — die sechsfache Summe von 1900. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Bevölkerung verdoppelt, die Produktivität verdreifacht, die Zahl der Familien mit einem Einkommen von mindestens 4000 \$ verfünffacht, der Wert der Lebensversicherungen stieg von 2 Mrd. auf 80 Mrd. \$, der Wert der Schatzscheine bei Kleinsparern auf 50 Mrd. \$, und die Zahl der Eigenheimbesitzer erhöhte sich auf 25 Mill. Familien.

Nach dem Boom des Jahres 1953 war ein Konjunkturrückgang schon wegen der Einsparungen in den Regierungsausgaben vorauszusehen gewesen, da besonders die Rüstungsausgaben gesenkt worden waren. Auch hatte sich das Publikum 1953 reichlich mit Waren aller Art eingedeckt; es wurden Wohnungseinrichtungen im Werte von 30 Mrd. \$ gekauft, ferner 8 Mill. Rundfunkgeräte, 7 Mill. Fernsehempfänger, fast 4 Mill. Kühlschränke, 3½ Mill. Waschmaschinen, 1 Mill. Klimaanlage. Die Lagerhaltung war auf einen Wert von 80 Mrd. \$ angewachsen. So war eine kleine Atempause in der stürmischen Aufwärtsbewegung unausbleiblich geworden. Sie dauerte bis zum Herbst 1954 und führte zu einem Absinken der Stahlerzeugung bis auf 68% der Stahlkapazität. Seitdem jedoch ist eine kräftige Erholung festzustellen, zum Teil mit neuen Rekordleistungen. Vom Tiefpunkt des Jahres 1954 bis zum März 1955 stieg die Kraftfahrzeugproduktion erneut um 202%, die Produktion von Fernsehempfängern um 127%, von Stahl um 28%, von Gummireifen um 37%; die Auftragseingänge der Industrie erhöhten sich um 23%, die Einzelhandelsumsätze um 9,6% — und all dies ohne Inflationsdrohung.

Die Ankurbelung der Konjunktur ging vor allem von der Kraftfahrzeugindustrie aus. In den USA wird der Besitz eines modernen Autos keineswegs nur durch dessen Nutzwert bestimmt, sondern gilt als Zeichen der guten Lebenshaltung und des gesellschaftlichen Rangs. Mehr als alle anderen Wirtschaftszweige ist die Kraftfahrzeugindustrie gezwungen, durch alljährlich neu herausgebrachte Modelle alle früheren Typen als unmodern und veraltet erscheinen zu lassen und so durch eine gut gelenkte künstliche Überalterung (controlled obsolescence) ihre Produktion auf immer neue Rekordziffern hinaufzuschrauben.

Im Vorjahr hatten die Autofabriken ihre neuen Modelle schon im Oktober, um 3 Monate früher als sonst, mit einem ungeheuren Werbeaufwand herausgebracht. Trotzdem war die Lage der Autohändler noch Anfang Februar 1955 nicht sehr günstig. Sie beklagten sich über ein Absinken der Gewinnspanne, eine „profitless prosperity“. Der Reingewinn war seit 1949 von 5,8% auf 1,7% und weiter bis Jahresende 1954 auf 0,6% vom Umsatz gesunken. Im Vorjahr wurden 5,3 Mill. Kraftwagen verkauft und damit ein Umsatz von 30 Mrd. \$ (18% der Einzelhandelsumsätze) erzielt, aber 20% der Händler arbeiteten mit Verlust.

Da die Zahl der unverkauften Autos am Jahresanfang 1955 481 000 betrug, mußte der Absatz durch sehr großzügige Kreditgewährung forciert werden. Statt der normalen Bedingung von ein Drittel Anzahlung und Abzahlung in zwei Jahren wurde als Anzahlung oft der alte Wagen plus 100 \$ akzeptiert, und die Abzahlungen konnten sich mit 40 \$ monatlich über 42 Monate erstrecken. Inzwischen hat sich die Lage sehr gebessert. Die Autoproduktion dürfte im ersten Halbjahr 1955 die Ziffer von 4 Mill. erreichen. Ford erzeugt täglich bis zu 10 000 Wagen. Umsatzmäßig erleben die

Autohändler ein Rekordjahr, aber die Verdienstspanne ist nach wie vor gering.

Besonders beachtlich ist auch die Hochkonjunktur im Wohnungsbau, vor allem im Bau von Eigenheimen. Hier ging der Antrieb von großzügigen Kreditgarantien der Regierung auf dem Weg über die Federal Housing Agency und über das Amt für Kriegsteilnehmer aus. Diese Garantien erscheinen nicht als Verbindlichkeit der Regierung im Staatshaushalt, ermöglichen aber die Kreditgewährung durch Banken. Auf diese Weise garantierte die Regierung Kredite in Höhe von 22 Mrd. \$ für die Federal Housing Agency sowie 9,6 Mrd. \$ für das Amt für Kriegsteilnehmer; darüber hinaus hat aber die Regierung auf anderen Gebieten (einschließlich Farmhypotheken) noch Garantien für 172 Mrd. \$ übernommen und hat bisher für wertlos gewordene Hypotheken 33 Mill. \$ bezahlen müssen, eine recht geringe Verlustquote. Allerdings werden 60% der Eigenheime ohne Regierungsgarantien gebaut.

In den fünf Monaten vor dem Februar 1955 wurde mit dem Bau von mehr als 500 000 Häusern begonnen, der Wert der Hypotheken stieg auf 75 Mrd. \$ und dürfte sich bis Ende des Jahres um weitere 9 Mrd. \$ erhöhen. Die Tatsache, daß Kredite so leicht erhältlich sind und daß der Wohnungsbau den Bedarf übersteigt, erregt vielfach große Bedenken für den Fall eines erneuten Konjunkturrückgangs. Nüchterne Zahlen beweisen, daß 1954 rund 1,2 Mill. Wohnungen begonnen und nur 619 000 Heime gegründet wurden. Von 1000 Wohnungen standen 1953 nicht weniger als 31 leer, 1954 sogar 41. Die Mieterhöhungen, die den Bau von Eigenheimen anregten, haben aufgehört, und in einzelnen Staaten stehen rund ein Viertel der Wohnungen leer. Die Hauspreise fielen 1954 um 10 bis 15%. 1955 werden für Jungverheiratete und als Ersatzbauten 1 Million Wohnungen benötigt, es dürften aber 1,4 Mill. gebaut werden. Die

Verschuldung steigt rascher als das Bruttosozialprodukt. Sie erreichte 1955 die folgenden Ziffern (Werte für 1950 in Klammern): Bei der Regierung 230 Mrd. \$ (218,6 Mrd.), bei Staaten und Gemeinden 33,3 (18,1), bei Unternehmern und Farmern 233,6 (152,7), bei Privaten 110,6 (58,7), von diesen für Hypotheken 71, für Ratenkäufe und „Anschreiben“ 30, für sonstige Verschuldung 9 Mrd. \$. Das starke Anwachsen der Verschuldung seit 1950 zeigt, daß die Konjunktur durch Vorwegnahme künftiger Kaufkraft reichlich vorbelastet wurde.

Die weiteren Konjunkturaussichten sind ungewiß und recht umstritten. Allgemein wird eine Abschwächung für die zweite Hälfte des Jahres erwartet, besonders in der Kraftfahrzeugproduktion, wo man sich über die Folgen des Anfang Juni bei Ford geschlossenen Abkommens über ein garantiertes Jahreseinkommen für die Belegschaft noch nicht im klaren ist. Für die kleineren Werke wie Chrysler,

Packard und Kaiser, deren Tarifverträge im August ablaufen, wird ein Abkommen in solchem Ausmaß kaum tragbar sein. Es wird befürchtet, daß die Autofabriken zur Ausfüllung eines Konjunkturtiefs die Herstellung von Teilen selbst übernehmen werden und dadurch viele Zulieferfabriken zum Schließen zwingen. Auch ist zu erwarten, daß viele kleinere Firmen zur Ermöglichung von Rationalisierungsmaßnahmen zur Fusion gezwungen werden, so daß die Konzentration zunimmt. Auch sonst sind in vielen Branchen, abgestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit, Forderungen nach einem garantierten Jahreseinkommen zu erwarten. Die Unternehmer werden also bemüht sein, die seit Jahrzehnten ohnedies geringer gewordenen Saisonschwankungen noch mehr auszugleichen. Der einzige dunkle Punkt ist immer noch die Zahl der Arbeitslosen, die im Durchschnitt des ersten Quartals 3,4 Millionen und im Mai noch fast 3 Millionen betrug. (Be.)

bunden sei, müsse sich der Aufschwung fortsetzen, sobald die Lagerbestände wieder im normalen Verhältnis zur Produktion stünden.

Nun hat aber gerade die Entwicklung der letzten Monate gezeigt, daß der Lagerabbau zwar sein Ende gefunden hat, die etwa gleichzeitig begonnene Schrumpfung der Unternehmernachfrage nach neuen Anlageinvestitionen jedoch weiter anhält. Es spricht wenig dafür, daß sie schon in nächster Zeit wieder merklich zunehmen wird, da gegenwärtig in den meisten Industriezweigen erhebliche Kapazitätsreserven vorhanden sind und der Bedarf an Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen bei dem meist geringen Alter der vorhandenen Anlagen relativ gering ist. Solange die vorhandene Kaufkraft nicht einmal ausreicht, um eine volle Ausnutzung der bestehenden Kapazitäten zu ermöglichen, wird der Anreiz zur Durchführung zusätzlicher Investitionen jedoch stets sehr gering bleiben.

Auch die ebenfalls seit Beginn des Lagerabbaus zu beobachtende Nachfrageschrumpfung des Staates hat sich bis zum Jahresende fortgesetzt. Da die gegenwärtige Regierung sobald wie irgend möglich den Ausgleich des Staatshaushaltes zu erreichen bestrebt ist, wird man auch von dieser Seite in der nächsten Zeit eher mit einer weiteren Ausgabenbeschränkung denn mit einer Erhöhung rechnen können.

Unter diesen Umständen kann ein erneutes Wachsen des volkswirtschaftlichen Kreislaufs nur durch eine Zunahme des Privaten Verbrauchs, der Bauinvestitionen oder der Auslandsnachfrage herbeigeführt werden. In Erkenntnis dieses Sachverhalts war die konjunkturpolitische Aktivität der Regierung von Anfang an auf eine Förderung der von dieser Seite ausgehenden Nachfrage bedacht. Der Private Verbrauch erhielt durch Steuerermäßigungen, die mit Beginn des Jahres 1954 in Kraft traten, eine zusätzliche Anregung, die bis zum ersten Quartal dieses Jahres zu einer Steigerung des gesamten Privaten Verbrauchs um rund 3% gegenüber dem Vorjahr führte. Die Bautätigkeit — und zwar speziell die Wohnungsbautätigkeit — hat

Ursache der Nachfrageschrumpfung ist noch nicht beseitigt!

Als vor nunmehr bald zwei Jahren die ersten Anzeichen eines beginnenden Konjunkturrückganges in den USA sichtbar wurden, tauchte allenthalben die bange Frage auf, ob sich damit die seit langem befürchtete Nachkriegskrise anbahne oder ob es sich um eine der weniger tiefgreifenden Konjunkturabschwächungen handeln würde, die in fast regelmäßigem Turnus als Folge einer Änderung in der Vorratshaltung eintreten. Würde die amerikanische Regierung unter allen Umständen bereit sein, durch den Einsatz entsprechender konjunkturpolitischer Maßnahmen eine Krise zu vermeiden, und würde sie in jedem Augenblick die Entwicklung in die erstrebte Bahn lenken können?

Seitdem der Rückbildungsprozeß im Herbst des vergangenen Jahres sein Ende gefunden und in der Folgezeit einer zunehmenden Erholung Platz gemacht hat, haben sich alle Befürchtungen einer weltweiten Krise als übertrieben und gegenstandslos erwiesen. Ebenso wenig hat die Entwicklung aber jenen Recht gegeben, die meinten,

daß das Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität in den USA ohne negative Rückwirkungen auf die übrige Welt bleiben würde. Daß die Weltwirtschaft insgesamt nicht stärker von der amerikanischen „recession“ berührt wurde, ist weniger eine Folge der Milde des amerikanischen Rückschlags als vielmehr eine Folge des außerordentlich starken Aufschwungs in Westeuropa.

Es ist noch verfrüht, bereits ein endgültiges Urteil über die Auswirkungen des jüngsten Konjunkturrückganges in den USA zu fällen, da trotz der bisherigen Erholung der eigentliche Kern des Übels, nämlich die Ursache der Nachfrageschrumpfung, noch keineswegs beseitigt ist.

Eine große Zahl von Wirtschaftspraktikern und -theoretikern ist zwar nach wie vor der Meinung, daß man es bei dem letzten Konjunkturrückgang nur mit einem der üblichen Lagerzyklen zu tun gehabt habe, die als Folge eines Mißverhältnisses zwischen Produktion und Lagerhaltung auftreten. Da mit dieser Entwicklung eine Erlahmung der übrigen Auftriebskräfte ver-

in der gleichen Zeit dank der allgemeinen Senkung des Zinsniveaus und der erleichterten An- und Abzahlungsbedingungen im Rahmen des Federal Housing Act und des Veterans Act um rund 18% zugenommen. Seit Herbst des vergangenen Jahres war der von dieser Seite ausgehende Nachfragezuwachs erstmals groß genug, um den an anderer Stelle entstehenden Nachfrageverlust überzukompensieren. Seitdem ist das Bruttosozialprodukt auch wieder leicht gestiegen und hat im 1. Quartal 1955 den Stand vom Frühjahr 1953 wieder erreicht.

Man wird in der weiteren Zeit jedoch kaum mit einer gleich großen Zuwachsrate des Privaten Ver-

brauchs rechnen dürfen, es sei denn, daß sich der Staat zu weiteren Steuerermäßigungen entschliesse oder daß eine grundlegende Änderung der Sparneigung der Konsumenten einträte. Ebensowenig ist mit einem Anhalten der bisherigen Zuwachsrate der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen, da die seit einiger Zeit zu beobachtende Angebotsverknappung bereits zu Zinssteigerungen geführt hat, während es auf der anderen Seite in einzelnen Fällen wegen des relativ großen Angebots auf dem Wohnungsmarkt schon zu Mietpreissenkungen gekommen ist.

Durch die verschiedenen konjunkturpolitischen Eingriffe des

Staates auf dem Gebiet des Finanz- und Kreditwesens ist es bisher wohl gelungen, eine stärkere Schrumpfung der gesamten Nachfrage zu verhindern und eine begrenzte Erholung herbeizuführen. Es deutet gegenwärtig jedoch noch nichts darauf hin, daß die amerikanische Wirtschaft in eine neue Aufschwungsphase eingetreten ist. Man hat vielmehr den Eindruck, als sei durch das aktive Eingreifen des Staates die Abschwungsphase verkürzt, ein Teil der den nächsten Aufschwung tragenden Kräfte dadurch aber auch vor der Zeit verbraucht, so daß das Wellental, das dem Wellenberg folgt, gleichzeitig flacher und länger geworden ist. (Ru)

Dr. Walther E. Schmitt, Stuttgart:

Die Saarwirtschaft und der Artikel XI des Saarstatuts

Wenn die Bundesregierung daran geht — was nicht vor dem Amtsantritt des Saarkommissars und der Abstimmung der Saarbevölkerung über das Statut der Fall sein dürfte —, der im Art. XI dieses Statuts niedergelegten Bestimmung, nämlich „der saarländischen Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten im weitesten Umfang zu geben“, durch die hierzu notwendigen Dreierverhandlungen Leben zu verleihen, dann wird man sich zuvor über eine Tatsache klar werden müssen: daß nämlich der Begriff einer „Saarländischen Wirtschaft“, insofern man darunter ein irgendwie einheitliches Gebilde verstehen wollte, in Wahrheit eine Fiktion ist.

Dazu braucht man sich nur die Entstehung des „Saarlandes“ auf Grund der bekannten machtpolitischen Entscheidungen zu vergegenwärtigen. Tatsächlich wurde das, was heute „saarländische Wirtschaft“ genannt wird, aus dem ursprünglichen gesamtdeutschen Wirtschaftskörper durchaus unorganisch herausgeschnitten. Der einzig gültige Gesichtspunkt war die Absicht, die Kohle- und Stahlwirtschaft dieses Raumes nicht mehr innerhalb der deutschen Staatsgrenzen zu belassen. Allerdings konnte man hierfür auch offensichtlich logische wirtschaftliche Gründe anführen, so vor allem die einstige gemeinsame industrielle Entwicklung der Saar und Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches vor dem ersten Weltkrieg. Gerade die französische Wirtschaftsplanung der letzten Jahre bewies jedoch, daß für sie dieser frühere Zusammenhang nur noch am Rande Interesse besitzt.

Für die Wirtschaft dieses Gebiets konnte es allerdings zunächst durchaus nebensächlich sein, welchen Einflüssen sie ihre neue Situation „zwischen den Grenzen“ zu verdanken hatte. Für sie galt es lediglich, sich auch in den neuen Verhältnissen einzurichten und nach besten Kräften durchzusetzen. Daher kann man aber heute am strukturellen Bild der „Saarwirtschaft“ deutlich die verschiedenen Etappen und Einflüsse ablesen, die auf die Saar im Laufe der letzten Jahre vom Politischen her einwirkten: mag es sich um die Praxis des französischen Wirtschaftsprotektionismus, um die Gründung der

Montanunion oder in jüngster Zeit nun auch um die Intensivierung des deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnisses handeln.

Die verschiedenen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die von diesen Einflüssen ausgingen, waren jeweils für verschiedene Zweige der „Saarwirtschaft“ von durchaus unterschiedlicher Bedeutung, und ihre Dispositionen waren entsprechend. Das Ergebnis ist, daß auch heute gegenüber der weiteren Zukunft im Zeichen des Saarstatuts von der saarländischen Wirtschaft die verschiedensten Wünsche, Erwartungen und Widerstände geltend gemacht werden. Um ihre Bedeutung im Einzelfall richtig einschätzen zu können, seien daher die Interessengruppen innerhalb der Saarwirtschaft kurz umrissen:

Als erstes ist die überragende Bedeutung der Montanunion zu erwähnen: Rund ein Drittel der Arbeitnehmer im Saargebiet ist durch die Gründung dieser Union in gewissem Sinne bereits aus der „Saarwirtschaft“ ausgegliedert und steht, wenigstens was das Außenhandelssystem anlangt, im größeren Zusammenhang des „Gemeinsamen Marktes“.

Als zweite Gruppe lassen sich die Industrien zusammenfassen, die vorwiegend exportorientiert sind und zu denen — neben der Hüttenindustrie — die weiterverarbeitende Industrie der ersten und zweiten Stufe sowie die keramische, die chemische und die Glasindustrie gehören.

Eine eigene wirtschaftspolitische Haltung nimmt sodann der Handel ein, der somit als dritte wichtige Interessengruppe bezeichnet werden kann.

Und schließlich sind noch Handwerk und Landwirtschaft als selbständige Faktoren zu beachten, und zwar insofern, als das Handwerk hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Interessen vorwiegend ortsgebunden ist, während die Landwirtschaft im Saargebiet eine unverhältnismäßig untergeordnete Rolle spielt.

Zahlenmäßig umrissen führt diese Aufgliederung nach besonderen wirtschaftspolitischen Interessengruppen innerhalb der Saarwirtschaft zu folgenden Verhältnissen: Rund 105 000 Menschen oder rund ein Drittel aller Beschäftigten sind unmittelbar mit der Montanunion verbunden. Etwa 42 000 sind — neben der Hüttenindustrie — in vorwiegend exportorientierten Industrien tätig; 59 000 arbeiten im Handwerk (hiervon rund 29 000 im Bauhandwerk); und etwas über 30 000 sind im Handel und Bankwesen tätig. Jede dieser Gruppen nimmt zu der Statutsbestimmung, die der Saar „wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten im weitesten Umfang“ zusichert, eine andere Haltung ein.